



Die Bürgermeister-Smidt-Straße soll spätestens Ende nächsten Jahres für Autofahrer in beide Richtungen nur noch einspurig befahrbar sein.

FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Martinistraße als Vorbild

Welche Ideen für die Bürgermeister-Smidt-Straße im neuen Verkehrsentwicklungsplan stehen

VON FELIX WENDLER

Bremen. Wo sollen zukünftig in der Innenstadt Autos fahren dürfen? Wie viel Platz will man Radfahrern einräumen? Was passiert mit dem ÖPNV? Antworten auf diese Fragen soll der Verkehrsentwicklungsplan (VEP), Bremens Instrument zur langfristigen Verkehrsplanung, liefern. An diesem Mittwoch tritt der dazugehörige Beirat zusammen, um über den VEP zu beraten. Wie berichtet, liegt dem WESER-KURIER ein Entwurf des neuen VEP vor, der unter anderem konkrete Vorschläge für die ÖPNV-Finanzierung enthält. Darüber hinaus gibt es auch in anderen Bereichen Anpassungen und Neuigkeiten – nicht zuletzt zu Themen, die bereits in der Vergangenheit für Streit gesorgt haben. Ein Überblick.

Bürgermeister-Smidt-Straße: Die Bürgermeister-Smidt-Straße, bislang zweispurig in beide Richtungen durch Autos befahrbar, soll – wie die Martinistraße – einspurig werden. Dass die Verbindung zwischen Brill und Breitenweg „überdimensioniert“ sei, stand schon in der ersten Fassung des VEP, der 2014 vom Parlament beschlossen worden war. Der Plan sieht vor, den Radweg auf der gesamten Strecke auf die Straße zu verlagern, wodurch sich auch die Fußwege verbreitern. Zuletzt hatte

es allerdings Streit zwischen den Grünen und der Handelskammer gegeben: Die Kammer, Mitglied des VEP-Beirats, sieht die vereinbarte Umgestaltung der Bürgermeister-Smidt-Straße nicht zwangsläufig als Auftrag zum Rückbau. Grünen-Verkehrspolitiker Ralph Saxe nannte die Handelskammer einen „Bremsklotz“.

Die neue VEP-Fassung ist im Vergleich zur Vorgängerversion an einigen Stellen konkreter. Argumentiert wird zum Beispiel mit Verkehrszahlen, denen zufolge durch die Bürgermeister-Smidt-Straße mehr als doppelt so viele Autos wie bislang fahren müssten, damit zwei Fahrspuren pro Richtung gerechtfertigt seien. Die Erreichbarkeit des Parkhauses am Brill bleibe erhalten, heißt es außerdem in der neuen Version – diesbezüglich hatte die Handelskammer ebenfalls Bedenken geäußert. Eine weitere Änderung: Hieß es in der alten Version des VEP noch, auf die Linksabbiegespur vom Brill in die Martinistraße müsse verzichtet werden, ist nun von weiteren Prüfungen die Rede. Ende 2023 soll die Umgestaltung der Bürgermeister-Smidt-Straße laut Plan abgeschlossen sein.

Bürgermeister-Smidt-Brücke: Auch auf der Bürgermeister-Smidt-Brücke sollen Radfahrer und Fußgänger mehr Platz bekommen. Der VEP-Entwurf sieht vor, den Radverkehr

„weitgehend“ auf der Straße zu führen. Durch die Verbreiterung der Gehwege werde die Aufenthaltsqualität gesteigert, heißt es im Neuentwurf. Zudem versprechen sich die Planer durch die Trennung der Verkehrsarten mehr Sicherheit. Die Planungs- und Umbauzeit beträgt laut Entwurf etwa zwei Jahre. Wann die Umgestaltung beginnen soll, geht aus dem Zeitplan nicht hervor.

Langemarkstraße: Politische Übereinstimmung herrscht größtenteils über die Umgestaltung der Kleinen Langemarkstraße. Das „Eingangstor von der Neustadt in die Innenstadt“, wie es im VEP heißt, soll ebenfalls einspurig werden. Auch hier gehen die Planer davon aus, dass eine Trennung von Fußgängern und Radfahrern Konflikte reduzieren wird. Ob die Radfahrstreifen baulich abgetrennt werden, ist laut Plan noch offen. Vorgeblieben auch im neuen Entwurf die Überlegungen zu einer möglichen Verlegung der Haltestellenbereiche. Dem Zeitplan zufolge wird im kommenden Jahr mit den Planungen für die Langemarkstraße begonnen. Frühestens 2031 soll die Umsetzung abgeschlossen sein.

Parkhäuser: Bremen will Parkhäuser zunehmend umwidmen: Das Parkhaus am Dom soll laut VEP zu einem „integrierten Mobili-

tätshub“ werden. Konkret sieht der Plan vor, den Platz langfristig für klimafreundliche Mobilität zu nutzen. In den Parkhäusern sollen dann zum Beispiel Ladestationen für Elektrofahrzeuge zugänglich sein. Auch Leihfahrräder und Radstellplätze gehören zu dem neuen Konzept. Eine Nutzung von Freiräumen auf dem Dach werde geprüft, heißt es weiter. Für das Parkhaus Katharinenklosterhof sei ebenfalls eine Neuentwicklung vorgesehen. Den Wegfall der Parkplätze im Innenstadtbereich wollen die Planer durch ein verstärktes Park-and-Ride-Angebot ausgleichen – so sieht es auch der rot-grün-roten Koalitionsvertrag vor.

Straßenbahnausbau: Abgesehen von der ÖPNV-Finanzierung, die im VEP-Entwurf eine große Rolle einnimmt, ist der öffentliche Nahverkehr auch in anderer Form Thema. Der Ausbau des Straßenbahnnetzes wird in der neuesten Version konkretisiert: Die Pläne für eine Anbindung der Überseestadt, eine Verlängerung nach Oslebshausen und eine neue Verbindung nach Osterholz über die Malerstraße sollen „forciert und prioritär bearbeitet werden“, heißt es in der Beschreibung. Die drei Verbindungen sollen in den Jahren 2028 (Überseestadt), 2029 (Osterholz) und 2030 (Oslebshausen) fertiggestellt sein.

Kommentar Seite 2

Senat beerdigt Zech-Projekt

Endgültiges Aus für das Vorhaben rund um das Parkhaus Mitte in der Innenstadt

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Nun ist es amtlich: Der Senat hat am Dienstag beschlossen, sich von dem großen Zech-Plan für die Bremer Innenstadt zu verabschieden. Damit haben sich die Informationen des WESER-KURIER von vergangener Woche bestätigt. Der Bremer Unternehmer Kurt Zech wollte für mehrere hundert Millionen Euro die Fläche rund um das Parkhaus Mitte neu entwickeln. Hinzugekommen wären das Karstadtgebäude und die ehemalige Kaufhof-Immobilie.

Fünf Jahre wurde diskutiert, ohne dass es wirklich voranging. Gescheitert ist das Großprojekt letztlich an einem Hindernis, das von Anfang an bestand: Die Verfügbarkeit des Kaufhof-Gebäudes. Zech wollte es kaufen, konnte sich mit dem Eigentümer, der Frankfurter Investmentgesellschaft DIC, aber nicht über den Preis einigen. Ohne den Kaufhof wäre es schwierig, wenn nicht gar unmöglich gewesen, die Hochgarage wie geplant abzubreisen.

„Wir bedauern sehr, dass die zuletzt im Februar gemeinsam getroffenen Ziele vertraglich nicht fixiert werden konnten“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD), Stadtentwicklungssenatorin Maike Schaefer

(Grüne), Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt (Linke) und Finanzsenator Dietmar Strehl (Grüne). „Der Senat sieht sich jetzt in der Verantwortung, die dringend notwendige weitere Entwicklung der Innenstadt in einem neuen Anlauf voranzutreiben. Wir werden darüber entscheiden, ob Bremen das Park-

haus Mitte selbst als neuen Standort entwickelt oder ob wir es europaweit mit entsprechenden Vorgaben ausschreiben.“

Die Einigung vom Februar sah vor, bis September das Werkstattverfahren für den Zech-Plan zu beginnen – nach zwei Jahren mehr Entwicklungszeit als ursprünglich ver-

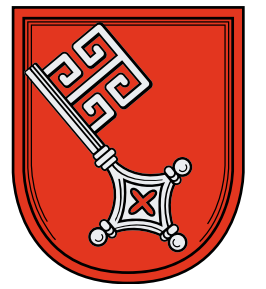
traglich vereinbart. Dabei sollte in Absprache mit dem Eigentümer bei der Kaufhof-Immobilie nicht mehr zwingend von einem Abriss und Neubau ausgegangen werden. Ziel war vielmehr die „Graue Energie“ zu nutzen. Die am Verfahren beteiligten Architekturbüros sollten gleichwertig auch Ideen für einen Umbau und die Revitalisierung des Kaufhof-Gebäudes entwickeln. Außerdem war nicht mehr der eine große Wurf im Blick, es sollte stattdessen in Bauabschnitten gedacht werden, um schrittweise Impulse für die Innenstadt zu setzen.

So wurde es besprochen, aber noch nicht in Stein gemeißelt. Die Verhandlungen über das verbindliche Vorgehen steckten in den vergangenen Monaten irgendwann fest und wurden nun vom Senat beendet: „Da keine belastbare beziehungsweise akzeptable gemeinsame Vertragsergänzung möglich war, werden wir die Verhandlungen nicht weiter fortführen, sondern den Kaufvertrag rückabwickeln und kurzfristig im Senat beraten, ob Bremen die Immobilie selbst entwickelt, um Impulse für die Bremer Innenstadt zu setzen, oder ob das Objekt europaweit ausgeschrieben wird, um einen Projektentwickler nach den getroffenen Vorgaben zu finden“, so Bovenschulte, Schaefer, Vogt und Strehl weiter.



Weiterer Rückschlag für die Bremer Innenstadt: Der große Zech-Plan ist gescheitert.

FOTO: STUDIO BREMEN



Verstand dient der Wahrnehmung der eigenen Interessen, Vernunft ist Wahrnehmung des Gesamtinteresses.

CARL FRIEDRICH VON WEIZSÄCKER
(1912–2007)

Maike Schaefer tritt wieder an

Spitzenkandidatin der Grünen



Umweltsenatorin Maike Schaefer tritt wieder als Spitzenkandidatin der Bremer Grünen an.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

VON JÜRGEN HINRICHS

Bremen. Maike Schaefer hat sich entschieden, und ein Selbstläufer war das nicht, wie aus ihrem Umfeld zu hören ist: Die 51-Jährige bewirbt sich bei den Grünen neuerlich um die Spitzenkandidatur bei den Bürgerschaftswahlen im Mai kommenden Jahres.

In einem Schreiben an die Mitglieder verspricht die Biologin „Kraft und Energie“, auch Durchhaltevermögen: „Geht es in der Politik immer darum, ‚everybody’s darling‘ zu sein? Nein, es geht darum, etwas zu bewirken.“ Schaefer hat von allen Senatsmitgliedern in Umfragen die schlechtesten Beliebtheitswerte. Sie steht besonders bei Verkehrsprojekten oft in der Kritik und wird zuweilen regelrecht angefeindet. Das hat ihr zuletzt viel ausgemacht und dem Vernehmen nach den Gedanken keimen lassen, zum Ende der Legislaturperiode aufzuhören. Doch dann kam reger Zuspruch aus der Partei, auch öffentlich, seitdem fühlt sich Schaefer offenbar wieder gerüstet.

„Mir ist durchaus bewusst, dass man gerade in meinen Bereichen wie Mobilität und Stadtentwicklung auch mal aneckt“, räumt die Senatorin und Bürgermeisterin ein. Als Beispiel nennt sie in ihrer Bewerbung den Verkehrsversuch in der Martinistraße: „So umstritten der Versuch war: Wir waren es, die vier Autospuren auf zwei reduziert und mehr Platz für Fuß- und Radverkehr geschaffen haben.“ Die Verkehrswende sei in Bremen voll im Gange – mit dem Ausbau der Straßenbahnlinien, den E-Bussen, Premiumrouten für Radfahrer und dem ersten Fahrradquartier in Deutschland. Schaefer reklamiert für sich, Tausende neue Wohneinheiten genehmigt zu haben, die drei Bremer Kohlekraftwerke im kommenden Jahr auslaufen zu lassen und bei der ehemaligen Galopprennbahn einen breit angelegten Beteiligungsprozess organisiert zu haben.

„Ich habe in den vergangenen drei Jahren eines gelernt – am Ende zählt das Ergebnis“, schreibt Schaefer. Erreicht werden könne das nicht mit der Brechstange, sondern mit guten Argumenten, Mut und Ausdauer.

KRAFTWERK HASTEDT

Mann tot auf SWB-Gelände entdeckt

Bremen. Auf dem Werkgelände des SWB-Kraftwerks in Hastedt ist am Montagabend ein Mann tot aufgefunden worden. Laut Polizei handelt es sich um einen 62-jährigen Sicherheitsmitarbeiter des Kraftwerks. Dieser sei mit einer Wunde am Kopf gefunden worden. Eine sofort eingeleitete Reanimation verlief erfolglos. „Derzeit liegen keine konkreten Hinweise auf ein Fremdvorschulden vor“, teilte die Polizei am Dienstag mit. Stattdessen gehen die Beamten von einem durch eine Krankheit verursachten Sturz des Mannes aus.

WK